

Fünf Lebenslügen über Haiti

Die Industrieländer sollten Haiti in die Lage versetzen, sich künftig selbst zu helfen. Die öffentliche Darstellung des Landes behindert das

ANDREA BINDER

Die gegenwärtige Analyse der Erdbebenkatastrophe in Haiti durch Politiker, Medien und Experten beruht auf fünf kollektiven Lebenslügen der Industrienationen im Hinblick auf das haitianische Drama. Sie vermittelt ein falsches Bild von den Ursachen der Katastrophe und unterbindet damit eine effektive Antwort auf das Erdbeben.

Die erste Lebenslüge ist, dass die Katastrophe in Haiti ein historisches Erdbeben „biblischen Ausmaßes“ sei, um es mit den Worten der US-Außenministerin Hillary Clinton zu sagen. Tatsächlich ist sie ein extremes Naturphänomen, das aufgrund menschengemachter Faktoren katastrophale Auswirkungen auf die Bewohner Haitis haben konnte. Dies hätte so nicht sein müssen.

Sicher, Armut, Gewalt, Kokain- und Schmuggel und schlechte Regierungsführung machen Haiti, in Kombination mit seiner geografischen Lage, anfällig für Naturkatastrophen. Der Fingerzeig vieler Experten auf die Vernachlässigung des haitianischen Staates geht also keineswegs in die falsche Richtung. Dennoch darf der Beitrag einer fehlgeleiteten internationalen Politik nicht verleugnet werden. Statt den haitianischen Staat und seine Bewohner in die Lage zu versetzen, Katastrophen vorzubeugen, konzentrierte sie sich darauf, öffentliche Sicherheit und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Auf Symptombehandlung statt Prävention zu setzen ist teuer. Es kostet unnötig Menschenleben und viel Geld. Die Erfahrung zeigt etwa, dass erdbebensicheres Bauen in einem Land wie Haiti die Baukosten um ungefähr 15 Prozent erhöht. Zerstörte Häuser komplett wieder aufzubauen ist offensichtlich deutlich teurer.

Land mit Staat

Die zweite Lebenslüge ist nicht minder folgenreich. Beobachter sprechen gern davon, dass Haiti „ein Land ohne Staat“ sei. Das ist falsch. In den vergangenen Jahren wurden mithilfe der Uno in Haiti eine Zivilschutzorganisation sowie eine nationale Direktion für Trinkwasser und Abwasserentsorgung aufgebaut. Diese Strukturen sind jetzt für die Opferbergrung, Trinkwasserversorgung und Seuchenvorsorge zentral. Natürlich sind sie noch jung und vom Erdbeben selbst stark betroffen. Sie zu ignorieren heißt aber, die staatlichen Strukturen des Landes weiter zu schwächen und längerfristige Hilfe zur Selbsthilfe unmöglich zu machen.

Die dritte Lebenslüge ist die Darstellung Haitis als vergessener Krisenherd. Tatsächlich wird das Land unter anderem von einer internationalen Stabilisierungsmission der Uno und mehr als 10 000 privaten humanitären Organisationen unterstützt. Wer also von einer vergessenen Krise spricht, impliziert, dass Haiti mehr Aktivität und Aufmerksamkeit braucht. Haitis traurige Geschichte internationaler Einmischung zeigt jedoch, dass internationale Aufmerksamkeit nicht immer

hilfreich ist. Zudem führt sie zwar zu höheren Spendenaufkommen, verführt aber auch zu Aktivismus und Interessenpolitik. Regierungen und Hilfsorganisationen werden verleitet, dort zu helfen, wo die Hilfe am sichtbarsten ist, nicht da, wo die Bedürfnisse am größten sind. Haiti braucht längerfristig nicht mehr, sondern bessere Hilfe.

Die vierte Lebenslüge findet man im Kreise der privaten Spender, die glauben, jeder gespendete Euro solle bei den Opfern ankommen. Wo Geld nur für die direkte Hilfsaktion bereitgestellt wird, können Hilfsorganisationen keine effektiven Strukturen für professionelle Hilfe schaffen. Aktivismus, Voluntarismus und Mikroprojekte richten hier häufig mehr Schaden an, als dass sie Gutes bewirken. Experten aus Wohltätigkeitsverbänden gehen davon aus, dass eine Organisation bis zu 20 Prozent ihrer finanziellen Ressourcen für die eigene Struktur benötigt, um professionell arbeiten zu können.

Vermeintliche Solidarität

Am schwersten wiegt die Lebenslüge, dass wir, die Bürger der Industrienationen, große Solidarität mit Haiti demonstrieren. Denn sobald Haiti wieder aus dem medialen Scheinwerferlicht rückt, werden wir nicht mehr fragen, ob unsere Regierungen endlich von der Symptombekämpfung zur Katastrophenvorsorge übergegangen sind. Wir werden uns nicht daran stören, dass der Kokainkonsum unserer Gesellschaft dazu beiträgt, Staatlichkeit in Haiti zu untergraben. Wir werden uns nicht länger darum kümmern, dass Haiti auch deshalb kein Geld für Prävention hat, weil unsere Handels- und Subventionspolitik dafür sorgt, dass importierter Reis dreimal billiger ist als lokal erzeugter, und so das Land in chronischer Armut hält.

Um mit diesen Lebenslügen aufzuräumen, müssen die internationalen Hilfsaktivitäten im Geiste der 2005 angestoßenen humanitären Reform der Uno ausgeführt werden. Konkret heißt das, dass alle bilaterale Hilfe im Rahmen der Uno koordiniert und aufeinander abgestimmt werden muss. Haitianische staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen müssen, so schwach sie noch sein mögen, dabei unbedingt einbezogen werden. Die internationale Finanzhilfe muss ungebunden und möglichst durch gemeinsame Fonds zur Verfügung gestellt werden. Internationale und haitianische zivile Organisationen müssen direkten Zugang zu diesen Fonds erhalten und anschließend Rechenschaft über ihre Tätigkeiten ablegen. Die Geber müssen darüber hinaus Ausdauer und Weitsicht beweisen und den Aufbau lokaler Präventionssysteme wie sturm- und erdbebensichere Bauweise, Aufforstungsprojekte und nachhaltige Stadtentwicklung unterstützen.

Damit all das geschieht, müssen die Wähler bei ihren Regierungen eine Hilfe einfordern, die dafür sorgt, dass die Haitianer bei der nächsten Naturkatastrophe über mehr als ihre bloßen Hände verfügen, um Opfer aus den Trümmern zu bergen. Als private Spender sollten sie bedenken, dass Hilfsorganisationen professionelle Strukturen brauchen, und ihre Spenden ungebunden zur Verfügung stellen.

ANDREA BINDER ist Projektmanagerin im Bereich Humanitäre Hilfe beim Berliner Thinktank Global Public Policy Institute.

Die Welt wird zu Hause gerettet

Nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels steht der globale Emissionsrechtehandel vor dem Aus. Stattdessen sollten die Staaten künftig auf nationale Klimasteuern setzen

VON CLAUDIA KEMFERT

Das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen hat gezeigt, dass es in den kommenden Jahrzehnten keine einvernehmliche Lösung für alle Staaten der Erde geben kann. Die Welt hat neben dem Klimawandel viele andere Probleme wie beispielsweise Hunger, Armut, Krankheit oder der mangelnde Zugang zu Energie und sauberem Trinkwasser. Die hohen Erwartungen an ein globales Abkommen haben die Klimaverhandlungen zunehmend überfordert.

Aus dem Scheitern der Verhandlungen sollten wir deshalb einige Dinge lernen: Erstens sollten Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zukünftig im Rahmen von getrennten Abkommen verhandelt und verbindlich festgelegt werden. Die G20-Staaten haben das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, bereits anerkannt. Sie sollten nun auch die Emissionsminderungsziele für die kommenden Jahrzehnte vereinbaren und verbindlich festlegen. Im Rahmen der globalen Uno-Klimatreffen sollten dagegen künftig ausschließlich die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel behandelt werden. Insbesondere müssen die Industriestaaten konkrete finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für die Schwellen- und Entwicklungsländer festlegen.

Zweitens ist das Scheitern von Kopenhagen auch das Scheitern der globalen Klimaschutzmaßnahmen, allen voran des globalen Emissionsrechtehandels. Dieser Handel ist zwar volkswirtschaftlich effizient, weil der CO₂-Preis, der

sich am Markt entwickelt, idealerweise das Resultat von Angebot und Nachfrage abbildet und somit die Vermeidungskosten einzelner Volkswirtschaften optimiert. Da die Emissionszertifikate aber nach einem Pro-Kopf-Maßstab verteilt werden, hätte der Handel zur Folge, dass enorme Finanzströme von Industriestaaten in Schwellen- und Entwicklungsländer fließen würden. Dass dies von den Industriestaaten abgelehnt wird, hat unterschiedliche Gründe. Zum einen ließe sich nur schwer sicherstellen, dass die Gelder in den Entwicklungsländern auch tatsächlich für den Klimaschutz ausgegeben werden. Zum anderen hat die Finanzkrise zur Folge, dass die Bereitschaft zur Bereitstellung finanzieller Ausgleichsmaßnahmen für den Klimaschutz deutlich sinkt. Kopenhagen hat sehr deutlich vor Augen geführt, dass selbst Vorschläge geringer Zahlungen von Industriestaaten für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern keine Mehrheit gefunden haben.

Doch nicht nur Kopenhagen hat gezeigt, dass der globale Emissionsrechtehandel keine Zukunft haben wird. Um einen Preis für klimaschädliche Emissionen zu erhalten, der die tatsächlichen Marktgeschehnisse und die Vermeidungskosten einzelner Staaten korrekt wiedergibt, müssten nicht nur alle Länder, sondern auch alle Sektoren und alle Treibhausgase einbezogen werden. Die Erfahrungen mit dem Europäischen Emissionsrechte-

handel lehren, dass es diese ideale Welt nie geben wird. Zudem hat uns die Finanzkrise gezeigt, dass Spekulationen die Marktpreise künstlich beeinflussen können und somit ein „richtiger“ Marktpreis niemals erreicht werden wird.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz fordert als Konsequenz eine globale Klimasteuer in Höhe von 80 \$ pro Tonne CO₂. Der Vorteil einer solchen Lösung ist, dass sie politisch leichter durchsetzbar ist, da die einzelnen Länder durch Einführung einer solchen Steuer eigene Einnahmen generieren würden. Politiker lieben Steuern genau aus diesem Grund. Eine solche Lösung hätte jedoch den Nachteil, dass ein Preis von 80 \$ nicht die wahren Emissionsvermeidungskosten eines jeden Landes reflektiert. In den USA etwa gibt es aufgrund der großen Energieverschwendung genügend Möglichkeiten zur Energieeinsparung, die deutlich billiger sind als 80 \$ pro vermiedene Tonne CO₂. In Ländern wie Japan, wo bereits viele Sparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden, sind die Kosten weiterer CO₂-Vermeidung jedoch weitaus höher. Eine solche Steuer würde somit nicht in ausreichendem Maße die richtigen Anreize setzen, um in Klimaschutz zu investieren. Sie sollte deshalb nicht einheitlich sein, sondern in jedem Land an die jeweiligen Vermeidungskosten angepasst werden.

Viele Länder haben bereits umfangreiche Klimaschutzinstru-

mente inklusive Klimasteuer eingeführt. Frankreich steht kurz davor, eine Klimasteuer zu beschließen, Deutschland und viele andere Länder haben bereits eine. Frankreich fordert, dass die Länder, die keine Klimasteuer einführen, mit Klimazöllen bestraft werden. Von solchen Strafen wären somit fast alle Länder betroffen, die mit Europa Handel betreiben – von China bis zu den USA.

Klimazölle sind gemäß globaler WTO-Regeln nur schwer durchsetzbar. Zudem haben sie den Nachteil, dass handelsorientierte Länder wie Deutschland von derartigen Zöllen besonders negativ betroffen sein können. Somit sollte der Appell nicht in Richtung Strafzölle gehen, sondern eher in Richtung Klimasteuer. Sie wäre vor allem in den USA, Australien, Kanada oder auch in China angebracht. Vermutlich hat Joseph Stiglitz genau solche Staaten im Sinn, wenn er die Einführung einer Klimasteuer fordert.

Das Scheitern von Kopenhagen hat deutlich gemacht, dass wir uns von allen vereinheitlichten globalen Klimaschutzinstrumenten verabschieden müssen. Das bedeutet auch, dass es keine einheitliche Klimasteuer geben wird – genauso wenig wie einen einheitlichen Emissionsrechtehandel. Aber vielleicht werden die USA nun endlich selbst mit dem Klimaschutz beginnen – eine nationale Klimasteuer wäre immerhin ein Anfang.

CLAUDIA KEMFERT ist Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professorin an der Hertie School of Governance in Berlin.

Die Irrtümer der Erbsenzähler

Die Steuersenkungsdebatte krankt daran, dass die meisten Menschen nicht in dynamischen Systemen denken



WOLFGANG MÜNCHAU

Die ewige deutsche Steuerdebatte ist ein Paradebeispiel für zwei fundamentale Irrtümer, wie sie in der volkswirtschaftlichen Diskussion in Deutschland immer wieder auftreten.

Der erste liegt in einer schon reflexartigen Unterschlagung der ökonomischen Dynamik. Mir graut es vor den viel zitierten Haushalts-Experten, die so reden, als ob sie einem das Taschengeld kürzen wollen, wenn sie die von der Koalition vereinbarte Steuersenkung ablehnen.

Der entscheidende Faktor, der die zukünftigen Steuereinnahmen hierzulande bestimmt, ist das Wachstum. Mir scheint, dass dieser Faktor von den angeblichen Experten ausgeklammert wird. Ein Betriebswirtschaftsprofessor schrieb mir einmal, dass die Schuldengrenze die Schulden bei 17,5 Prozent stabilisieren würde unter der Annahme eines Nominalwachstums von zwei Prozent. Rein rechnerisch stimmt das. Das Problem ist die Annahme eines Nominalwachstums von zwei Prozent. Dieser „Experte“ ging also bei seiner Rechnung davon aus, dass das Realwachstum in Deutschland nahe bei null liegen muss, denn Realwachstum ist gleich Nominalwachstum minus Inflation. Da die Europäische Zentralbank ihr Inflationsziel von etwas unter zwei Prozent in der Zukunft wahrscheinlich ähnlich erfolgreich umsetzen wird wie in der Vergangenheit, wäre damit in dieser Rechnung das Realwachstum mit knapp über null Prozent beziffert. Nur unter der Annahme von Nullwachstum kann man die elende Erbsenzählerei verteidigen.

Ungläubige Wachstumskeptiker

Bei positivem Realwachstum treten dynamische Effekte auf. Reales Wachstum beeinflusst die Haushaltslage durch das Steueraufkommen. Die Haushaltslage selbst ist die Differenz von Steuereinnahmen und Ausgaben. Die Höhe der Steuern und die Staatsausgaben wiederum beeinflussen das Wachstum. Wir haben also ein dynamisches System, in dem die brachiale Anwendung der vier Grundrechenarten nicht mehr funktioniert. Wenn wir eine Steuersenkung ökonomisch bewerten wollen, dann

müssen wir versuchen, dieser Dynamik Rechnung zu tragen, und beurteilen, welche Effekte diese Steuersenkung auf Investitionen und Konsum hat.

Mir ist bewusst, dass auch die FDP, deren Position ich hier indirekt verteidige, nicht so argumentiert. Doch selbst wenn ihre Argumente nicht überzeugen: Die Liberalen sollten sich nicht von diesen moralisierenden Haushaltsexperten kirre machen lassen. Eine Senkung der Steuersätze und eine Vereinfachung des Steuersystems sind gerade dann wichtig, wenn aus Sicht der Erbsenzähler die Haushaltslage es nicht zulässt.

Der zweite Irrtum besteht darin, dass man nationale Haushaltspolitik in einer Währungsunion nicht autonom betreiben kann. Warum spielt die Währungsunion hier eine Rolle? Schließlich ist nur die Währung europäisiert, die Haushaltspolitik unterliegt lediglich der Regel, dass Defizite im Normalfall nicht höher sein dürfen als drei Prozent des Bruttoinlands-

produkts. Das stimmt natürlich rechtlich, aber es unterschlägt die ökonomischen Wirkungen.

Die Haushaltspolitik der großen Industriestaaten ist ein wichtiger Faktor hinter den Ungleichgewichten im Euro-Raum und in der Weltwirtschaft. Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss etwa wird hauptsächlich vom Exportüberschuss bestimmt. Es fließen auch noch andere Faktoren in die Leistungsbilanz ein, aber – bei uns zumindest – dominiert die Handelsbilanz die Leistungsbilanz. Man kann aber die Leistungsbilanz auch anders auffassen: als Summe der Bilanzen des privaten und des öffentlichen Sektors. Wenn der öffentliche Sektor sein Defizit abbaut, dann beeinflusst das die Leistungsbilanz. Wenn wir also in Deutschland den ausgeglicheneren Haushalt anstreben, dann hat das Auswirkungen auf den Rest der Welt. Jetzt ist Deutschland ein relativ kleines Räd-

chen in der Weltwirtschaft, in seiner volkswirtschaftlichen Gesamtgröße mittlerweile auf Platz vier nach den USA, China und Japan.

Im Euro-Gebiet sind wir aber weiterhin ein Gigant. Wenn wir im nationalen Alleingang den Haushalt ausgleichen und wenn gleichzeitig der Privatsektor weiter massive Überschüsse einführt, dann steigen die Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Gebiets weiter an, und die Wahrscheinlichkeit eines Bruchs nimmt zu.

Sollbruchstelle in Euroland

Unklar ist, wo eine solche hypothetische Bruchstelle verlaufen würde. Spanien, Portugal und Griechenland halten sich momentan weit jenseits einer solchen Bruchstelle auf. Niederländer und Österreicher sind in unserer Nähe. Wenn wir die Situation schleifen lassen, kommen Länder wie Griechenland und Spanien irgendwann an einen Punkt, an dem ihnen die strategischen Optionen ausgehen. Wäre Griechenland mit seiner Haushaltskrise jetzt nicht in der Währungsunion, hätte man schon längst ein Hilfspaket geschürt, das Sparrunden sowie eine Währungsabwertung beinhaltet hätte.

Aber in einer Währungsunion kann man nur „real“, nicht „nominal“ abwerten, das heißt, Griechenland und Spanien werden die Löhne senken müssen. Ob das politisch möglich ist, ist nicht klar. Wenn wir aber die extrem hohen Ungleichgewichte noch weiter ansteigen lassen, was die Stoßrichtung der deutschen Politik ist, hängt die langfristige Existenz der Währungsunion von unberechenbaren politischen Konstellationen ab. Ein Zusammenbruch des Euro-Raums kann nicht in Deutschlands Interesse sein, denn dann würde Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit brutal durch die Abwertungen der Nachbarländer beschnitten.

Somit gibt es nicht nur eine interne Wachstumsdynamik, sondern auch eine europäische. Die Lösung liegt in einer koordinierten Wirtschaftspolitik, die für Deutschland und Frankreich die Voraussetzung für ein Realwachstum von zwei bis drei Prozent schafft, mit einer langfristigen Schuldenquote von ungefähr 40 Prozent. Damit konsistent wäre ein durchschnittliches Haushaltsdefizit irgendwo zwischen 1,6 und 2 Prozent.

Unter diesen Voraussetzungen wäre eine moderate Steuersenkung realistisch.

E-MAIL munchau@eurointelligence.com

WOLFGANG MÜNCHAU ist FT- und FT-Kolumnist. Er leitet den Informationsdienst Eurointelligence.

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann

Chefredakteur: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FT) **Stellvertretende Chefredakteure:** Sven Clausen (FTD), Gereon Kruse (Impulse), Alexander Mayerhöfer (Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

ArtDirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)

Geschäftsführende Redakteur: Isabelle Arnold **Chef vom Dienst:** Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

Bildchef: Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)

Unternehmen: Guido Warlimont (Ltg.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak (Stv.) **Politik:** Andreas Theysen (Ltg.) **Finanzen:** Tim Bartz (Ltg.)

Geld: Jochen Mörsch (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.) **Agenda:** Christian Baulig (Ltg.), Horst von Buttlar (Stv.) **Online:** Dr. Anton Notz (Ltg.) **Verantwortlich im Sinne des Presserechts:** Steffen Klusmann. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG Stubbenuh 3, 20459 Hamburg Brieffach 02, 20444 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas **Verlagsleitung:** Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt **Gesamtanzeigeleiterin:** Helma Spieker **Anzeigeleiter:** Jens Kauerauf **Vertrieb:** DPV Deutsche Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg **ISSN 1615-4118** **Nachdruckrechte/Syndication:** Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Kamauf, Tel.: 040/37 03-2590, E-Mail: kamauf@isabella@picturepress.de

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M